

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.
Adress: Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsort: Dresden.
Verleger: Kerschb. Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen monatlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 7,10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Westring 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Westring 10. Tel. 25261.
Verlagsort: Dresden.
Verleger: Kerschb. Dresden.

Inserate werden die 7spaltige Zeitspalte mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 271.

Dresden, Donnerstag den 21. November 1918.

29. Jahrg.

Französische Forderungen.

Am Eigensinn gescheitert.

Am Dienstag traten in Dresden die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte von Leipzig, Chemnitz und Dresden zusammen, um einen Landes-Arbeiter- und Soldatenrat zu bilden. Nach dem von Leipzig herrührenden Plane sollte jede der Kreisoberhauptmannschaften Leipzig, Chemnitz und Dresden durch zehn Abgeordnete vertreten sein. Aus den Kreisoberhauptmannschaften Bismarck und Bautzen lagen Proteste der Arbeiter- und Soldatenräte vor, weil man ihnen keine Vertretung zugesichert hatte.

Von den Vertretern der alten sozialdemokratischen Partei wurde beantragt, vor Eintritt in die Arbeiten der Konferenz die gleiche Anzahl von Vertretern, die man den drei anderen Kreisoberhauptmannschaften zugesichert hatte, auch aus den Kreisoberhauptmannschaften Bismarck und Bautzen herbeizuführen. Als dagegen eingewendet wurde, daß eine Vertiefung der Logung unmöglich sei, weil dringliche Arbeiten zu erledigen seien, wollten die Vertreter der alten Partei den Vermittlungsantrag, den Landesrat zu bilden und in die Arbeiten einzutreten, aber für künftige Sitzungen die beantragte Ergänzung im Interesse von Bautzen und Bismarck herbeizuführen.

Von unabhängiger Seite wurde darauf folgender Vorschlag gemacht:

„Die heutige Konferenz konstituiert sich als Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte für Sachsen.“

Die Kreisoberhauptmannschaften sind nach folgendem Verzeichnis vertreten: Dresden 10 Vertreter, Leipzig 10 Vertreter, Chemnitz 5 Vertreter, Bismarck 6 Vertreter, Bautzen 4 Vertreter.

In den Bezirken Dresden, Chemnitz, Bismarck, Bautzen ist die Parität zu wahren.“

Die Vertreter der alten Partei verlangten darauf hin, daß die Parität auch für Leipzig gelte; wenn von den Ältern in den übrigen Kreisoberhauptmannschaften verlangt werde, daß sie die Zahl ihrer Vertreter halb zu halb auf beide Parteirichtungen verteilen, dann sei es unverständlich, warum Leipzig davon ausgenommen sein solle. Gerechtigkeit gebe es nur eine. Leipzig könne für sich keine besondere Gerechtigkeit aufstellen, und die Leipziger unabhängigen Vertreter gefährdeten nur die Revolution, wenn sie in solcher Weise die Gerechtigkeit auf Spiel setzten. Falls die Leipziger Unabhängigen aber nicht in die Parität willigen wollten, möge man sie auch für die anderen Kreisoberhauptmannschaften nicht vorzeichnen, sondern die Frage offen lassen, um spätere Klärung zu ermöglichen, und daher den betreffenden dritten Abzug streichen.

Der letztere Vorschlag wurde mit 17 gegen 13 Stimmen angenommen.

Abzug 1 war also gestrichen, während Abzug 1 und 2 angenommen worden war.

Darauf erklärten die Unabhängigen, die vorher so großen Wert auf das Arbeiten der Konferenz gelegt hatten, daß ihnen nun ein Zusammenarbeiten unmöglich erscheine. Auch ein weiteres Diskutieren wurde von den Unabhängigen für zwecklos erklärt.

Trotzdem kam es noch zu einer längeren Aussprache, in der die Vertreter der alten Partei einen letzten Versuch machten, eine Einigung und die Arbeitsfähigkeit der Zentrale herbeizuführen. Da die ersten beiden Absätze des von den Unabhängigen gemachten Vorschlags angenommen worden, mithin auch die Konstituierung der Zentrale beschlossen worden war, so erklärten sich die Vertreter der alten Partei damit einverstanden, daß in die Arbeiten getreten werde; sie beantragten aber, die Zusammenkunft der Zentrale für die Zukunft in folgender Weise zu regeln und damit auch eine demokratische Vertretung der Arbeiter- und Soldatenräte im ganzen Lande zu sichern:

„In Stelle des gestrichenen dritten Absatzes soll bestimmt werden, daß sofort im Lande die Arbeiter- und Soldatenräte ihre Abgeordneten zur Zentrale nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht unter Anwendung der Verhältniswahl wählen sollen, und nachdem auch die sofortige einseitige Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte nach demselben Wahlrecht erfolgt sei.“

Gegen diesen Antrag stimmten die Unabhängigen mit 17 gegen 13 Stimmen wurde er angenommen. Darauf verließen die Unabhängigen die Sitzung mit der Hoffnung, daß nun die Dinge über die Höhe der Mehrheitsfraktion hinweg ihren Lauf nehmen würden.

Die Lebensmittelversorgung.

Berlin, 21. November. Wie berichtet, werden die von den beteiligten Staaten für Deutschland in Aussicht gestellten Lebensmittelbeziehungen zunächst nach Rotterdam und Kopenhagen konzentriert werden, da die amerikanische Regierung abwarten will, ob in Deutschland die von ihr als notwendig angesehene Gewähr für eine freibleibende Versorgung und ordnungsmäßige Verteilung erfüllt wird.

Zwei Mahnungen sind, wie der Vormarsch schreibt, in zwei Nachrichten enthalten, einmal in derjenigen, daß der englische Admiral Beatty Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte ablehne, weil diese nicht Vertreter einer bestimmten Regierung seien, und dann, daß die von den beteiligten Staaten in Aussicht gestellten Lebensmittelbeziehungen zunächst in Rotterdam und Kopenhagen herbeizuführen seien, da die amerikanische Regierung abwarten wolle, ob in Deutschland die von ihr als notwendig angesehene Gewähr für eine freibleibende Versorgung und ordnungsmäßige Verteilung erfüllt werde. Nachdem die deutsche Regierung erklärt hatte, sie könne sich auf das Vertrauen einer Volksvertretung, die nach allgemeinem, gleichem Wahlrecht gewählt sei, habe Wilson seinerzeit auf Wunsch Deutschlands die Friedensvermittlung übernommen. Die deutsche Revolution habe eine Ader geschaffen, und daß sie durch die Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte ausgedehnt sei, wolle man auf der anderen Seite nicht anerkennen. Solange eine ordentlich gewählte Volksvertretung nicht vorhanden sei, gebe es weder Frieden noch Brot. Man muß darauf gefaßt sein, daß dies von dort erklärt werde.

Am 21. November. Neuer meldet aus Washington: Ingrid-Milch befinden sich Schiffe auf der Fahrt nach Europa, die 200 000 Tonnen Nahrungsmittel nach Frankreich, Belgien und Oesterreich bringen. Sie liefern mit verschiedenen Vorräten nach Gibraltar, Brasilien und den Kanalinseln.

Gefahren für die Revolution.

Die Revolution ist in allen Teilen Deutschlands siegreich; Arbeiter- und Soldatenräte sind in allen Hauptplätzen, ohne wesentliche Widerstände zu finden, errichtet und an der Arbeit. Das Bürgerturn und die Agitation, die ganze Beamtenenschaft, ja selbst die Offiziere unterworfen sich der siegreichen Revolution widerstandslos.

Den Parteien, die an eine Gegenrevolution denken und solche naturgemäß herbeiwünschen, steht dazu das Werkzeug — der Militarismus und die Polizei: ihnen diese Kräfte dauernd vorzuenthalten ist eine Lebensfrage für die neue Gesellschaft.

Aber andre Gefahren bedrohen uns täglich und stündlich, die nicht minder Beachtung und Bekämpfung erfordern. Vor allem ist bei den Trägern der neuen Gesellschaft eine Einheitlichkeit über das Ziel und den Weg zu diesem zu vermissen. Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften unterscheiden sich hierbei ganz wesentlich von den „Unabhängigen“ und diese wieder von den Kommunisten. Einig sind alle nur darin, daß das alte Regime nicht mehr bestehen darf. Soll letzteres beseitigt werden, so ist eine Ein- und Linien hinsichtlich der getroffenen und angelegten Maßnahmen vor allem in Dresden unbedingt nötig.

Hier haben sich Kräfte eingeschoben, die für ihre Person und ihre Maßnahmen einen so geringen Boden im Volke haben, daß ihre weitere Tätigkeit der Revolution gefährlich werden muß. Einigkeit ist jetzt gewiß nötig, denn je, aber dennoch nicht um jeden Preis. Einigkeit aber voranzutreiben, wo sie nicht vorhanden ist, nach Lage der Verhältnisse nicht vorhanden sein kann, heißt die Erfolge der Revolution direkt in Frage stellen.

Die Macht muß unter allen Umständen in die Hände übergehen, die den erforderlichen Rückhalt bei den Soldaten, bei der Arbeiterschaft und den Angestellten besitzen. Die Macht darf nicht für längere Zeit eine oktrozierte sein, sondern muß sich auf das Vertrauen der Volksmehrheit stützen, die die Träger der Revolution sind.

Um das herbeizuführen, sind meines Erachtens an Stelle der jetzigen provisorischen Soldaten- und Arbeiterräte neue durch sofortige geordnete Wahlen zu bilden. Hierbei müßte jede der drei Gruppen eigene Vertreterlisten aufstellen. Das Verhältniswahlrecht muß dabei konsequent durchgeführt werden. Um schädliche Auseinandersetzungen im Wahlkampf zu vermeiden, könnte — wenn die Unabhängigen und die Kommunisten es wünschen — der Umfang und die Art der Agitation durch Vereinbarung eingeschränkt werden. Die Kennzeichnung der Vertreterlisten als die einer bestimmten Gruppe würde meines Erachtens genügen. Das Wahlergebnis muß dann bis zur Wahl der Nationalversammlung bei Verteilung aller Ämter, einschließlich der Regierung, nach den Grundgesetzen des Provisoriums maßgebend sein. Also Demokratie! Nicht Diktatur hat es gelten! Man hat daher auch eine Vertretung der Gemeinderäte, Staats- und Reichsbeamten logisch zu schaffen; nicht minder

haben die Lehrer und die Privatangestellten ein Anrecht, ihren Einfluss geltend zu machen. Diese Kreise müssen der Revolution zugeführt und ihre Mitarbeit nutzbar gemacht werden.

Das heißt die Erfolge der Umwälzung sichern. Die dauernde Sicherung der Umwälzung ist bekanntlich kümmerlicher als diese selbst!

Soll der Bestand des neuen Zustandes gesichert sein, so darf meines Erachtens nicht ohne Not das Bürgerturn brüskiert werden, wie es durch den unglücklichen Aufruf der Arbeiter- und Soldatenräte geschehen ist.

Nach diesem unheilvollen Kriege, durch den wir von allem Notwendigen entblößt sind, wo Industrie und Handel auf Kriegswende über vier Jahre eingestellt waren, wo Nahrung und Rohstoffe fehlen, wo Millionen von Arbeits- und Anstellungsverhältnissen völlig gelöst sind, zur Expropriation und zur sozialistischen Uebernahme der Produktion durch das Proletariat übergeben zu werden, ist besser Wohnsinn. Das gleiche gilt von der Aufhebung des Privateigentums. Das bedeutet, die Konterrevolution mit Erfolg durchzuführen.

Es ist verlockend und sehr leicht, das Schlagend nachzusetzen, dazu ist indes hier nicht der Ort.

Nachdem die Umwälzung so gut gelungen, ist an ihre Befestigung zu gehen. Das geschieht nicht, indem man die Diktatur etabliert — die wir in jeder Form und zu allen Zeiten verworfen —, sondern indem man der Welt zeigt, daß wir die wirtschaftlichen wie die politischen Notwendigkeiten erkannt und danach handeln.

Die Produktion, Handel, Verkehr und Verwaltung müssen unbedingt intakt bleiben, damit Ernährung und Beschäftigung gesichert sind. Wie der Großgrundbesitz und die verrostete Industrie — die doch wohl in Frage kommen — verstaatlicht werden können, kann der ortsständigen Bevölkerung überlassen werden, denn zu diesem Schritte besteht bei weit ins Bürgerturn hinein große Geneigtheit.

Vergesse man nicht, daß bei der ungeheuren Komplexität unseres Gesellschaftskörpers die Revolutionen viel schwieriger sind als ebendies.

Für Befestigung der Revolution ist auch nicht das Hin-ausschieben, sondern die alsbaldige Anberaumung der Wahl zur Nationalversammlung ein unbedingt erforderliches Ziel. Dem entgegenstehende bolschewistische Bestrebungen müssen unter allen Umständen überwunden werden.

Diese Wahlen auf Grund des gleichen Wahlrechts müssen für jedermann und nach dem Verhältniswahlrecht stattfinden.

Unterdrückung seiner Meinung und seiner Klasse! Das Volk, das jedoch die Klassenherrschaft beseitigt, darf nicht an Stelle des alten ein neues Unrecht sehen. Kein Bolschewismus — auch kein verkleidet unter der Firma der Unabhängigen — darf sich breit machen.

Ein Gerechtigkeitsstaat muß geschaffen werden, in dem sich jeder als freier Bürger, als gleichberechtigtes Glied des Ganzen fühlt.

Dafür haben wir, vor allem die Partei, und Gewerkschaftsangehörigen, jetzt alles einzusetzen. Nur so ist den Gefahren zu begegnen, die das Errungene stündlich bedrohen. Julius Frähdorf.

Festlegung der Grenzen Elsaß-Lothringens.

Bern, 21. November. Die französischen Blätter beschäftigen sich anlässlich der Besetzung Elsaß-Lothringens mit der Festlegung der Grenzen dieser beiden Provinzen. Der Temps veröffentlicht eine Karte, in der die Grenze von 1815 mit dem Bezirk von Landau und dem Saarbrückener Gebiet als zu Frankreich gehörend bezeichnet werden. — Petit Parisien verlangt die Herausgabe dieser Bezirke, namentlich Saarlouis, Saarbrücken und Landau an Frankreich. Er verlangt ferner die Klausel im Friedensvertrage, daß niemals wieder deutsche Garnisonen auf das linke Rheinufer kommen dürften.

Keine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 20. November. Alle zur Zeit in der Presse auftauchenden Nachrichten über erwachte oder uns zugesagte Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen entsprechen nicht den Tatsachen. Vielmehr ist festzustellen: Trotz allen Vorstellungen und allen bereits zutage getretenen Unzulänglichkeiten in der praktischen Durchführung der uns auferlegten schweren Bedingungen des Waffenstillstandes ist von unsren Gegnern nicht das geringste Entgegenkommen betätigt worden.

Deutsche Waffenstillstandskommission:
Staatssekretär Erzberger.